

AR HIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

«Wie eine wärmende Sonne im frostigen Winter» Tetiana, 13 Jahre, über das Camp im Juni 2023

UKRAINE

«Art-Camps» für Kriegskinder

Die wehrlosesten Opfer in Kriegen sind immer die Kinder. Die Filmstudentin Marharyta Kurbanova und die Pädagogin Mariya Surzhenko organisieren seit dem Sommer 2022 in den ukrainischen Karpaten kreative «Art-Camps» für kriegstraumatisierte Kinder und Jugendliche. Unser Korrespondent in Transkarpatien hat sie über ihre Motivation und den Sinn dieser Jugendlager befragt.

Jürgen Kräftner (JK): Wie kam es dazu, dass Ihr beide seit Kriegsbeginn Ende Februar 2022 in der Ukraine schon sieben Jugendlager organisiert habt?

Marharyta Kurbanova (MK): Ich stamme aus der Stadt Donezk, seit 2014 ist sie von Russland besetzt. Von 2012 bis 2017 habe ich an der Kiever Hochschule für Kunst Karpenko-Kary studiert, anschliessend bin ich nach Deutschland gegangen und studiere seither an der Filmhochschule Babelsberg in Potsdam. Unmittelbar nach dem Einmarsch der russischen Truppen im Februar 2022 haben wir mit meinem Mann Anton damit begonnen, Menschen bei der Flucht zu helfen, humanitäre Hilfe zu verteilen, einfach das zu tun, was die Leute damals am dringendsten brauchten. Anton hat schon bald

seinen Jugendfreund Mischa wiedergefunden, dann kam noch Patrick von der Organisation «LeaveNoOneBehind» dazu. Gemeinsam haben sie beschlossen, eine NGO zu gründen und haben ihr den Namen Base_UA gegeben.

Einmal, als wir Leuten in Lissitschansk (Oblast Luhansk) bei der Flucht geholfen haben, das war im Juni 2022, bin ich einem zwölfjährigen Mädchen begegnet. Sie kam jeden Tag mit ihrem Hund zu unserem Stützpunkt, wo humanitäre Hilfe verteilt wurde. Von dort wurden auch die fluchtwilligen Menschen abgeholt. Sie kam ganz allein, und wir haben begonnen, miteinander zu spielen, und redeten über das Leben in dieser Geisterstadt. Alles war zerbombt. Und ich fragte sie, wie es denn kam, dass sie ganz alleine durch diese

Stadt lief. Sie kam zu unserem Stützpunkt, um mit den Kindern zu spielen, die dort im Keller lebten. Wir sind dann unter Artilleriebeschuss geraten. Alle Leute, die sich dort aufhielten, waren sehr erschrocken, und Mascha auch, so hiess dieses Mädchen, Sie hat sich zitternd an meine Hand geklammert und mich gebeten, dass wir sie aus der Stadt wegbringen. (...)

Nach diesem Erlebnis mit Mascha wurde uns klar, dass wir uns gezielt für Kriegskinder einsetzen wollen, und die erste Idee war, Art-Camps zu organisieren. Das lag auf der Hand, denn sowohl mein Mann Anton als auch ich sind Filmemacher und Kunst ist für uns wichtig. Ich habe dann gleich meine beste Freundin Mariya angerufen, wir kennen uns seit der 7. Schulklasse. Mariya ist Pädagogin. Ich fühlte, dass wir beide als Tandem für dieses Projekt prädestiniert waren. Sie war einverstanden und so haben wir gemeinsam überlegt, wie ein ideales Jugendlager ablaufen würde, an dem wir selber in diesem Alter gerne teilgenommen hätten.

JK: Vielleicht kannst du noch etwas über dich und euch sagen. Ihr habt alle beide Fluchterfahrung?

MK: Ja, ich bin in Donezk geboren. Aber ich bin noch vor der Besetzung zum Studium nach Kiev gegangen. Den Kriegsbeginn 2014 habe ich schon dort erlebt. Aber über meine Familie war ich natürlich betroffen. Meine Grossmutter lebt jetzt in einem Dorf im besetzten Luhansk. Meine Mutter lebt und arbeitet nun in Moskau, ab und zu fährt sie

nach Donezk, um nach unserer Wohnung und unserer Katze zu sehen, die unter der Obhut der Nachbarin ist.

JK: Wie ist der Kontakt?

MK: Wir telefonieren regelmässig via Whatsapp. Sie ist prorussisch eingestellt und wir haben viel gestritten, eine Zeit lang haben wir gar nicht mehr miteinander geredet. Keinerlei Argumente konnten sie umstimmen. Wir haben dann entschieden, nicht über politische Fragen zu sprechen, um uns nicht ganz zu verlieren. Das ist natürlich schwierig, denn mein Leben steht jetzt völlig im Zeichen des Krieges. Wir reden erst seit zwei Monaten wieder miteinander.

JK: Und du, Mariya, stammst auch aus Donezk?

Mariya Surzhenko (MS): Nein, bis zum Alter von 12 Jahren bin ich in Volnovacha aufgewachsen, auf halben Weg zwischen Mariupol und Donezk. Dann sind wir mit meiner Mutter nach Donezk umgezogen, und dort habe ich Marharyta kennengelernt. Von da an haben wir dort unsere wunderbare Kindheit voller Freundschaft und Kreativität verbracht. 2012, als Marharyta zum Studium nach Kiev ging, haben wir, alle ihre Freundinnen, sie zum Zug begleitet und geweint.

2014 mussten wir dann weg, ich dachte für ein paar Wochen, nun sind es schon 9 Jahre. Das war im Juni 2014. Ich war damals 19 und im zweiten Studienjahr. So ein Alter, in dem man gerade erst ins erwachsene Leben eintritt, und da hat uns das Leben bereits voll eingeholt. Ich habe mich dann immer mehr für Pädagogik interessiert, nachdem ich zunächst Philologie studiert hatte, und habe während drei Jahren am Waldorf-Seminar studiert. Nach dem Abschluss habe ich zuerst im Kindergarten gearbeitet. Anschliessend habe ich während vier Jahren in einer Waldorfschule in Odessa gearbeitet. Dann hat der russische Grossangriff im letzten Jahr begonnen. Ich bin nach Lviv umgezogen, denn ich fühlte mich in Odessa nicht sicher. Ich war noch nicht lange dort, da hat mich Marharyta angerufen und ich war sehr froh über die Idee, etwas für Jugendliche zu tun und meine Erfahrung nützlich einzusetzen. Wir würden nicht einfach Lager organisieren, sondern diese wirklich nach den Bedürfnissen der Jugendlichen gestalten. Wir haben die Stärkung der psychischen Resilienz der Jugendlichen zur obersten Priorität unserer Camps gemacht. Und ihnen mit Hilfe des künstlerischen Ausdrucks zu helfen, mit ihren Gefühlen leichter zurecht zu kommen. Auch negative Gefühle sollen künstlerisch ausgedrückt werden und dann Platz frei machen für etwas Neues. Während der Lager schaffen wir einen geschützten Raum, in denen sie sich sicher fühlen, ohne Kriegslärm, es gibt Erwachsene, die sie unterstützen und sie finden Freunde, denen sie sich mitteilen können.

JK: Die Camps von Base-UA dauern nur 12 Tage. Ist das ausreichend, um einem Kind nachhaltig zu helfen?

MS: Unsere Camps ersetzen keine Therapie. Diese dauert viel länger. Aber ohne Zweifel haben unsere Camps eine therapeutische Wirkung. Nach den Camps berichten uns die Eltern darüber, wie ihre Kinder zurückgekommen sind. Wir haben sehr viele Berichte darüber, dass die Kinder ganz andere Verhalten an den Tag legen. Die 12 Tage der Camps sind sehr intensiv und die Kinder erlangen das Gefühl, dass sie ihr Leben aktiv gestalten können. Sie merken, dass sie ihre Gefühle zeigen und mit ihnen zurechtkommen können. Wir haben wunderbare Berichte über Kinder, die in ihren Familien plötzlich viel aufgeweckter und herzlicher sind. Sie finden neue Beschäftigungen und Sinn im Leben. Sie legen die stressbedingte Apathie ab, und finden wieder die Energie, um aktiv zu werden. Wir bleiben nach den Camps mit den Kids in Kontakt und erfahren so, wie es ihnen geht.

MK: Der Grundgedanke unserer Camps ist es, den Jugendlichen dabei zu helfen, die Energie wieder zu finden, die bei ihnen durch die widrigen Umstände blockiert ist. Und wir helfen ihnen, kreative Lösungen für ihre schwierigen Lebenssituation zu finden, ihr Leben in die Hand zu nehmen. Sie merken plötzlich, dass es viele Möglichkeiten gibt, die sie vorher nicht gesehen haben. Und sie lernen, sich selber und ihre emotionalen Probleme zu akzeptieren. Sie öffnen sich gegenüber ihren Familien, manche suchen auch Hilfe durch Psychologinnen oder Psychologen. Wir hatten zum Beispiel einen Jungen, Andrij. Als er nach Hause kam hat er seine Mutter gefragt, ob er sie umarmen darf, was er von sich aus früher nie gemacht hätte. Ein anderer Junge hat damit begonnen, Gitarre zu spielen. Das war vor einem Jahr, und er spielt immer noch jeden Tag.

MK: Die Kinder übernehmen gerne einige der Methoden, die wir gemeinsam mit ihnen ausprobieren, um ihre Emotionen in den Griff zu bekommen. Wir stehen morgens und abends im Kreis und tauschen uns aus. Beim Abendkreis steht eine Kerze in der Mitte und es geht darum, wie sie den Tag erlebt haben. Wir ermuntern die Kinder auch, eine Art Tagebuch zu führen und ihre Eindrücke und Gefühle aufzuschreiben. Von einem Mädchen haben wir erfahren, dass sie diese Methode für sich beibehalten hat, abends zündet sie eine Kerze an und notiert ihre Gefühle in ihr Tagebuch. Die Kinder erlernen und benutzen diese Methoden der Selbstreflexion, und wenn sie sich dann an ein Lied aus dem Camp erinnern oder etwas malen, dann hilft ihnen das, sich von den negativen Gefühlen zu befreien. Die Kinder bekommen von uns auch bedruckte T-Shirts, die sie gerne tragen und die sie an die positive Stimmung im Camp erinnern.

JK: Werdet Ihr bei eurer Arbeit von Psychologinnen unterstützt?

MK: Bei den Camps in den Bergen hatten wir eine Psychologin in unserem Team. Hier im Dorf Nischnje Selischtsche haben wir diese Verantwortung selber übernommen. Einen Teil unseres Programms haben wir mit einem Psychologen ausgearbeitet. Es gibt tägliche Gespräche mit den Jugendlichen über ihre Gefühle. In den Camps in den Bergen, wenn eine Psychologin dabei ist, gibt es immer die Möglichkeit für individuelle Gespräche. Und das wird auch genutzt, wir hatten ab und zu wirklich schwierige Situationen. Aber grundsätzlich suchen sich die Kinder selbst eine Bezugsperson aus unserem Team aus, mit denen sie über ihre Sorgen reden möchten. Heute zum Beispiel haben wir mit den Kindern über ihren «inneren Freund» gesprochen. Artem, ein Junge aus Severodonezk, brach in Tränen aus, als er von seinem besten Freund berichtete, der in der von den Russen besetzten Region geblieben ist. Er wollte darüber mit Genia sprechen, unserem Teammitglied, weil der auch aus Severodonezk geflüchtet ist

JK: Und wie geht es euch hier in unserem Gästehaus SargoRigo?

MK: Wunderbar, wir fühlen uns wie zuhause. Es gefällt uns sehr, dass dieses Haus und die Umgebung eine kleine Welt für sich sind, das hat auf die Gruppendynamik einen sehr positiven Einfluss. Wir bleiben unter uns und fühlen uns wie eine grosse Familie. Wir organisieren ja auch Camps in Hotels in den Bergen, und dort sind ausser uns auch andere Gäste. Hier sind wir aber unter uns. Dadurch entsteht deutlich schneller Vertrauen unter uns allen.

JK: Was unterscheidet die Camps von Base-UA von anderen Jugendlagern während des Krieges?

MS: Die meisten Camps beschränken sich darauf, die Jugendlichen zu beschäftigen. Für uns ist es zentral wichtig, ihnen zu vermitteln, wie sie ihre traumatischen Erfahrungen verarbeiten und auch in Zukunft damit umgehen können. Wir bieten also nicht einfach Freizeitbeschäftigung an, sondern es geht um eine Erneuerung der inneren Kraft und darum, dass sich die Jugendlichen bewusst werden, dass sie ihre Probleme bewältigen können. Unser langfristiger Traum ist, dass es mehr Gruppen und Initiativen wie die unsere gibt, die mit Jugendlichen arbeiten und sich über ihre Erfahrungen austauschen.

Das Gespräch führte Jürgen Kräfter im Oktober 2023

1. SaroRigo (dt. Pirol): ehemaliges Schulgebäude in Nischnje Selischtsche, das zu einem Jugendgästehaus umgebaut wurde. Ab den ersten Tagen des Krieges diente das Haus als Zufluchtsort für Kinder aus den umkämpften Gebieten. Momentan werden hier Seminare und Art-Camps veranstaltet. Die Herberge wird von dem lokalen Verein Molotok betrieben, der vom Europäischen BürgerInnen Forum (EBF) unterstützt wird.

Menschen als wertlose Manövriermasse

Der Nahe Osten verkommt zu einer rechtlosen Geografie. Südisrael, Gaza und Rojava: hier werden die Menschen zusehends nur als wertlose Manövriermasse geduldet.

Eine knappe Woche nach dem Überfall der Hamas in Israel wandte sich die israelische Journalistin Amira Hass mit einem «offenen Brief» an den Bundeskanzler Olaf Scholz: Die Aufgabe der deutschen Regierung sei es, «Israels Zerstörungsfeldzug jetzt zu stoppen», schrieb sie in ihrem in der israelischen Zeitung Haaretz veröffentlichten Brief. Sie klagte die Regierung Scholz an, ihre «aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung» verraten zu haben. Mit einer vorbehaltlosen Unterstützung für Tel Aviv erteile Berlin «einen Blankocheck für ein verwundetes, verletztes Israel, hemmungslos zu vernichten, zu zerstören und zu töten». Amira Hass mahnte, der Bundeskanzler riskierte damit, «uns alle in einen regionalen Krieg zu verwickeln, wenn nicht sogar in einen dritten Weltkrieg, der auch Israels Überleben gefährden würde, seine Sicherheit und Existenz».

Alt-testamentarisches Recht?

Welche Farbe hat ein Tag, in dem 1400 Menschen wahllos ermordet, Frauen vergewaltigt, Kleinkinder geköpft, über 200 als Geiseln verschleppt und Abertausende in Schock versetzt werden? Der 7. Oktober 2023, an dem die Gewaltorgie der palästinensischen Hamas in Israel ein Gefühl der ständigen Bedrohung verbreitete, ging als der «schwarzeste Tag» in die jüngere Geschichte dieses Landes ein. Bundeskanzler Olaf Scholz reiste unverzüglich nach Tel Aviv und sicherte seinen israelischen Gesprächspartnern die vorbehaltlose Unterstützung der Bundesrepublik zu: «Unsere eigene Geschichte, unsere aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung macht es uns zur immerwährenden Aufgabe, für die Existenz und für die Sicherheit des Staates Israel einzustehen.» Diese Zusicherung erteilten Israel persönlich auch der amerikanische Präsident Joe Biden und unzählige europäische Regierungschefs. Drei Wochen später misst der Westen mit wenigen Ausnahmen geschlossen dem Recht Israels auf Selbstverteidigung die höchste Priorität ein. Gleich nach dem Attentat der Hamas liess Israel den Gazastreifen vollständig abriegeln. Die Versorgung mit Lebensmitteln, sauberem Trinkwasser, Medikamenten, Strom und Treibstoff wurde eingestellt. Drei Wochen später bleiben Gazas 2.2 Millionen Bewohner ohne Wasser, ohne Nahrungsmittel, ohne Medikamente und Treibstoff. Gaza-Stadt, in der noch vor einem Monat rund 1.1 Millionen lebten, ist nach den pausenlosen, israelischen Luftschlägen grösstenteils in Trümmer verwandelt worden. Nun irren laut Menschenrechtsorganisationen über 700.000 Frauen, Kinder und ältere Menschen hungrig und verzweifelt im Süden des Gaza-Streifens

umher, in panischer Angst, doch nicht überleben zu können, in der Furcht, vertrieben zu werden.

Der Krieg soll, laut lokalen Angaben, mittlerweile über 8000 Menschen das Leben gekostet haben, mehr als 3500 davon Kinder. (Anm. d. Red: Diese Zahlen wurden Anfang November publik. Inzwischen sind sie drastisch angestiegen. Mitte November waren bereits 11.000 Menschen getötet worden, davon 5.000 Kinder, zusätzlich gab es 3.000 Vermisste). In einem vor kurzem im britischen Guardian veröffentlichten Meinungsartikel nannte der Schweizer Diplomat und Chef des Uno-Palästinenserhilfswerks UNRWA Philippe Lazzarini den Gazastreifen «Friedhof einer Bevölkerung, die zwischen Krieg, Belagerung und Entbehrungen gefangen ist». Er fügte hinzu: «Die Geschichte wird fragen, warum die Welt nicht den Mut hatte, entschlossen zu handeln und diese Hölle auf Erden zu beenden.»

Erdoğan als «Retter der Palästinenser»

Der Krieg in Gaza hat die Kluft zwischen der Welt des Westens einerseits und der Welt der Muslime und des sogenannten «Globalen Südens» andererseits mit einem Schlag weiter aufgerissen. «Wie viele Tonnen Bomben müssen noch auf den Gazastreifen fallen, wie viele Kinder noch sterben, damit die Europäer endlich zu einem Waffenstillstand aufrufen?», fragte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan zornig. Gerade hatten die EU-Staats- und Regierungschefs in einem gemeinsamen Communiqué einmal mehr auf das Recht Israels auf Selbstverteidigung bestanden. Dass Israel als Kriegspartei gemäss geltendem Völkerrecht auch die Pflicht hat, Zivilist:innen zu schonen, erwähnten sie nur nebenbei.

Der türkische Präsident ist ein gewiefter Populist. Er spürt, was die Strasse in Palästina, in der arabischen Welt und in der Türkei von ihm hören will: Westliche Länder würden behaupten, für die Menschenrechte einzutreten, würden diese aber ignorieren, «weil es in Gaza das Blut der Muslime ist, das fliesst», sagte er vor einer pro-palästinensischen Demonstration in Istanbul. Nicht erst in diesem Krieg positioniert sich Erdoğan als Fürsprecher der Palästinenser per se und als Verteidiger der unterdrückten, muslimischen Massen überhaupt. Unschuldige Menschen zu bombardieren, die in die Moscheen, Schulen und zivilen Siedlungen fliehen, sei ein «Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das fast einem Völkermord gleichkommt», sagte er. Und er bezeichnete die Hamas als «eine Gruppe von Befreiungskämpfern und Mudschaheddin, die für den Schutz ihres Landes

und ihrer Bürger kämpft». Die Menschenmassen, gemäss den Organisatoren über eine Million Demonstranten und Demonstrantinnen, zollten ihrem Präsidenten frenetischen Beifall – das Leid der Palästinenser:innen bewegt sie zweifelsohne. Das unfassbare Leid, das die Hamas verursacht hat, wird geschichtlich begründet und verschwindet rasch aus dem Gedächtnis. Aus Sicherheitsgründen zog Israel seine Diplomaten aus der Türkei ab – die israelisch-türkische Annäherung, die beide Länder in den letzten Monaten angestrebt hatten, auch sie lag in Trümmern.

Erschütternde Parallelen

Während Erdoğan Israel öffentlich anprangert, in Palästina die Zivilist:innen kollektiv zu bestrafen und damit flagrant gegen das Völkerrecht zu verstossen, bedient sich seine Regierung der Praxis Benyamin Netanyahus: Nach einem Terroranschlag, den zwei Mitglieder der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im Zentrum Ankaras am 1. Oktober verübt hatten, bombardierte die türkische Luftwaffe zwischen dem 5. und 9. Oktober das kurdische Nordsyrien Rojava flächendeckend: Moscheen, Schulen, Wasseranlagen und zivile Siedlungen wurden zerstört und 17 wichtige Erdölstandorte getroffen, darunter das lebenswichtige Kraftwerk Suwaydiya. Zwei Krankenhäuser in den Regionen Cizirê und Kobanê mussten den Betrieb vollständig aussetzen; tausende Kinder ihre Ausbildung unterbrechen; 44 Menschen kamen ums Leben. Laut der kurdischen Selbstverwaltung sollen die türkischen Luftschläge bis zu 80 Prozent der lokalen Infrastruktur zerstört haben. Die Anschläge auf den Ölsektor Nordostsyriens, einschliesslich der Gas- und Treibstoffdienstleistungen, werden demnach das Leben von rund vier Millionen Menschen langfristig beeinträchtigen. Jahrelang kämpften die Kurden und Kurdinnen Nordsyriens auf Seite der westlichen Alliierten gegen die Dschihadisten der Islamischen Staats (IS) und hofften, nach der Niederlage des IS in ihrer Heimat in Frieden leben zu können. Die massiven Angriffe der Türkei verbreiteten auch in Rojava ein Gefühl der ständigen Bedrohung. Abertausende sehen ihre Existenz bedroht.

Gewalt macht nicht vor den Grenzen von Gaza halt. Was Benyamin Netanyahu und Recep Tayyip Erdoğan eint, ist ihre rechtsnationalistische Gesinnung sowie ihre Bereitschaft, für ihren Machterhalt alles aufs Spiel zu setzen. Dafür sind beide Machtpolitiker auf kleinere, noch extremere Parteien angewiesen: Während in Israel die Siedlerpartei eine «Integration Palästinas ohne Palästinenser» befürwortet, drängt Devlet Bahçeli, der Vorsitzende der türkischen rassistischen Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) auf die Errichtung einer sogenannten «türkischen Sicherheitszone» entlang der gesamten Grenze der Türkei mit Syrien und dem Irak. Diese sollte bis zu 30 Kilometer tief innerhalb des Territoriums der Nachbarländer reichen und nach den Vorstellungen Bahçelis von Kurden, die der Türkei nicht ergeben sind, bereinigt sein. Seitdem Erdoğan 2016 die unheimliche Allianz mit der MHP geschlossen hat, führt die türkische Armee faktisch ununterbrochen Krieg in dem von Kurden besiedelten Norden von Syrien und dem Irak.

Die dringlichen Appelle der UNO sowie des Internationalen Roten Kreuzes, in Gaza die Zivilist:innen zu schonen, verhallen wirkungslos. Netanyahu und Erdoğan glauben, sich über jeweilige internationale Verpflichtungen und über das Völkerrecht hinwegsetzen zu können; es ist auch die Arroganz der Macht, die beide eint.

Nichts als wertlose Manövriermasse?

Aushungern, Krieg und Vertreibung: Fand im ehemals armenisch besiedelten Bergkarabach des Südkaukasus die Generalprobe für ein Modell statt, das nun bevorzugt auch anderswo eingesetzt werden soll? Monate lang belagerte Aserbaidschan das kleine, abtrünnige Bergkarabach und liess keine Nahrungsmittel, keine Medizin und keinen

Treibstoff durch. Am 19. September begann seine Armee den letzten Krieg um Bergkarabach. Einen Tag später deklarierte Aserbaidschans Despot und Erdoğan's geistiges Ziehkind Ilham Alijew seinen Sieg und öffnete die Grenze zu Armenien. Abgesehen von rund 1000 Alten und Gebrechlichen, haben innerhalb von nur einer Woche über 100.000 ihre angestammte Heimat in Richtung Armenien verlassen. In den neuen Landkarten Aserbaidschans, die bereits im Umlauf sind, ist keine Spur von Bergkarabach zu sehen. Als hätte es diese Jahrtausende alte Kultur in diesem geografischen Raum nie gegeben.

«Stoppt Israels Zerstörungsfeldzug jetzt!», forderte Mitte Oktober die israelische Journalistin Amira Hass. Stoppt den Zerstörungsfeldzug der Türkei, forderten auch die Kurden

und Kurdinnen Nordsyriens; sie wurden von der Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die Weltgemeinschaft hatte es bislang vorgezogen, den Krieg in der Ukraine, das Morden im Süden Israels, den Horror in Gaza, die flächendeckende Zerstörung der Infrastruktur in Rojava und die Vertreibung der Karabach-Armenier als vereinzelte Katastrophen wahrzunehmen und darauf selektiv zu reagieren. Solange die Strafen auf dieselben Verbrechen aber anders ausfallen, solange werden vermeintliche Despoten die Gelegenheit ergreifen, die westliche Welt der «Heuchelei» und der doppelten Moral anzuprangern und neue rechtlose Räume schaffen, in denen die Menschen lediglich als wertlose Manövriermasse hin- und hergeschoben werden.

Amalia van Gent, 3.11.2023

TÜRKEI

Eine kurdische Bürgermeisterin

Wir veröffentlichen hier die ausgesprochen interessante Laudatio auf die kurdische Menschenrechtsverteidigerin Ayşe Gökkan, die anlässlich der Verleihung des Anerkennungspreises der Paul Grüniger Stiftung am 17.11.2023 in St. Gallen in der Schweiz gehalten wurde.

Nusaybin. Eine Stadt ungefähr so gross wie St. Gallen, nur viel älter. Seit 3000 Jahren ist Nusaybin, – auf Kurdisch Nisêbîn, in der Antike Nisibis – ein Knotenpunkt von Handelsrouten, ein Berührungspunkt verschiedener Reiche, Religionen, Kulturen und Sprachen. Seit vor hundert Jahren, vertraglich in Lausanne festgelegt, die Grenze zu Syrien direkt südlich der Stadt Nisêbîn gezogen wurde, ist sie Teil der türkischen Republik, obwohl 80 Prozent der Bevölkerung im Alltag kurdisch sprechen und sich auch gar nicht als Türkinnen identifizieren. Genauso wenig wie die Minderheiten der christlichen

Aramäer:innen, der Araber:innen, der Armenier:innen, der assyrischen Christ:innen.

2009 wird hier zum ersten Mal eine Frau ins Bürgermeisteramt gewählt und sie definiert dieses Amt ganz neu. Ob beim Einkaufen, auf der Strasse oder bei einer Hochzeit: Wo die Bürgermeisterin auftaucht, sammeln sich Menschen um sie herum und bitten sie um Rat und Hilfe. Und ihr Blick nimmt als erstes die Frauen wahr, bestärkt sie, ermutigt sie zu reden, sich zu Wort zu melden. Und sie hört ihnen zu. Das ist beileibe nicht selbstverständlich in einer Gesellschaft, in der die Männer das Sagen haben. Das

Sagen und das Schauen. In einem sozialen Raum, der strukturiert und beherrscht ist vom männlichen Blick und den männlichen Gewohnheiten.

Durch diesen männlich definierten öffentlichen Raum der Stadt geht und fährt und schreitet und tanzt ein kleines weibliches Energiebündel. Eine fast allgegenwärtige Troubleshooterin, die Volksversammlungen einberuft, um die Menschen – Männer wie Frauen – dazu zu bewegen, ihre Probleme in die Runde zu werfen und gemeinsam Ideen für ihre Lösung zu entwickeln, die sie dann umsetzen kann. Kleine Probleme. Ein Nachbarschaftsstreit wird gelöst. Ein verdreckter Fluss wird saniert. Eine kaputte Wasserleitung, eine verstopfte Kanalisation werden repariert. Und grosse Probleme: die hohe Analphabetinnenrate: Sie organisiert Alphabetisierungskurse und eine Bibliothek für Frauen. Dass Burschen und Männer in den Parks und auf den Plätzen Fussball spielen, Sport treiben, herumhängen, rauchend in der Wiese liegen können, Frauen aber nicht in dieser doch traditionell muslimischen Gesellschaft: Sie schafft einen uneinsehbaren Frauencamp.

Dass alleinstehende und verwitwete Frauen eine Möglichkeit brauchen, Geld zu verdienen: Sie gründet einen Markt, auf dem Frauen ohne Standgebühren zu bezahlen, verkaufen dürfen. Häusliche Gewalt: Sie lässt ein Frauenhaus einrichten, das Zuflucht und Beratung bietet. Während ihrer Amtszeit hat die Gewalt gegen Frauen und die Zahl der Frauenmorde in der Türkei stark zugenommen, mehrere Hundert pro Jahr. In Nusaybin allerdings ging beides signifikant zurück. Im letzten Jahr ihrer Amtszeit gab es keinen einzigen Mord an Frauen im Distrikt Nusaybin.

«Unerhörter Akt der Rebellion»

Diese Bürgermeisterin, das war Ayşe Gökkan. Sie wurde 1965 im Dorf Kulince im Bezirk Suruç in Urfa geboren. Nach Abschluss der Volksschule besuchte sie das Gymnasium in Urfa. 1998 studierte sie Journalismus an der «American University of Cyprus» in Nordzypern und machte dort



Eine aussergewöhnliche Bürgermeisterin: Ayşe Gökkan.

ihren Abschluss. Sie arbeitete als Journalistin für verschiedene überregionale Zeitungen insbesondere für die Zeitungen Özgür Gündem und Azadiya Welat. Mit spitzer Feder schrieb sie an gegen das Patriarchat, das sie sich ganz wörtlich vom Leib hielt mithilfe von Selbstverteidigungstraining. Sie war aktives Mitglied der Parteien HEP, DEP, HADEP, DEHAP, DTP, BDP, HDP und HEDEP. Das heisst aber nicht, dass sie alle zwei, drei Jahre die politische Meinung gewechselt hätte. In Wirklichkeit hat nicht Ayşe die Partei gewechselt, sondern die Partei hat den Namen gewechselt. Die grösste prokurdische Partei in der Türkei wurde regelmässig verboten und dann unter neuem Namen neu gegründet.

2009 wurde Ayşe Gökkan schliesslich mit einem spektakulären Ergebnis von 83 Prozent zur Bürgermeisterin gewählt. Zentraler Fokus ihrer Arbeit war, Nusaybin zur «Frauenstadt» zu machen. Dafür legt sie sich auch mit den Organen der Zentralregierung in Ankara an. Als Ayşe Gökkan Berichte von Frauen sammelt, die von Polizisten sexistisch belästigt oder bedroht wurden, und sich beim Gouverneur der Provinz beschwert und ihn auffordert, dem Einhalt zu gebieten, wird ihr das als unerhörter Akt der Rebellion ausgelegt. Ihr Akt füllt sich mit Strafanzeigen wegen ihrer Teilnahme an Demonstrationen, ihren Verlautbarungen und Erklärungen, ihres Einsatzes für Frauenrechte, Kinderrechte, Menschenrechte.

Ein wichtiges Thema, das sie auf die politische Agenda setzte, war der Frauenhandel und das Leiden von Frauen aus Syrien, die gegen ihren Willen über die Grenze in die Türkei gebracht und da zwangsverheiratet werden. Wie kann man diese unfreiwilligen Ehefrauen erreichen, über ihre Rechte aufklären und ihnen spezielle Beratung und Hilfe anbieten? Und wie kommen diese Frauen zu ihren Familien zurück, wenn die türkische Regierung plötzlich den Grenzübergang zu der in den letzten 100 Jahren auf der syrischen Seite der Grenze gewachsenen Nachbarstadt Qamisli schliesst?

Die Mauer der Schande

2013 tauchen auf einmal von Panzern begleitete und bewachte Betonmischmaschinen an der Grenze auf. Ohne die Bürgermeisterin zu informieren, hat die türkische Regierung den

Bau einer gigantischen Grenzmauer beschlossen. Es ist Krieg im Nachbarland Syrien. Die Flüchtlinge müssen abgewehrt werden. Die Empörung in der Bevölkerung ist gross. Der kleine Grenzverkehr, der Handel – und auch der Schmuggel – über die Grenze sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, viele Familien haben Angehörige auf der anderen Seite, aber vor allem ist die Solidarität der Bevölkerung mit den Kriegsflüchtlingen immens: Sie werden in den kurdischen Städten der Türkei mit offenen Armen willkommen geheissen und von den Gemeinden und der Bevölkerung versorgt. Die Empörung steigt weiter, als immer öfter dokumentiert wird, dass das türkische Militär zwar Flüchtlinge abweist und zurückschiebt, aber dschihadistische Kämpfer, die über die Türkei in den Krieg nach Syrien ziehen, nicht nur durchlässt, sondern auch mit Waffen ausstattet. Die Bürgermeisterin Ayşe Gökkan protestiert. Sie macht einen Sitstreik im Grenzstreifen, sitzt Tag und Nacht zwischen Panzern und Baufahrzeugen. Sie macht einen Hungerstreik, widersetzt sich den Anweisungen aus Ankara. Auch dieser Protest gegen die sogenannte «Mauer der Schande», gegen die «Berliner Mauer» quer durch Kurdistan trägt ihr Strafanzeigen und ein Gerichtsverfahren ein.

Es war ein Protest gegen die weitere Fortifikation einer vor hundert Jahren willkürlich von den Kolonialmächten gezogenen Grenze, einer unter der Vorherrschaft der Idee des ethnisch und sprachlich und religiös homogenen Nationalstaats gezogenen Grenze, einer Grenze «made in Switzerland» übrigens, in Lausanne nämlich, auch wenn die Schweiz keiner der Staaten war, die den Vertrag unterzeichneten. Einen Vertrag, den der damalige mitverhandelnde britische Aussenminister als «eine durch und durch schlechte und böse Lösung, für welche die Welt während der nächsten hundert Jahre noch eine schwere Buße entrichten müsse», bezeichnet haben soll. Einen Teil dieser Buße entrichtet heute Ayşe Gökkan.

Massenverhaftungen

2014 trat Ayşe Gökkan nicht wieder zur Wahl an. Sie wurde Sprecherin der Frauenorganisation «Tevgere Jinen Azad» (Freie Frauenbewegung), in der sie unter anderem ihre Erfahrungen in Nusaybin für eine feministi-

sche Lokalpolitik im ganzen Land fruchtbar machen möchte. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 gewann dann die linke prokurdische Partei HDP über 13 Prozent der Stimmen und das kostete Erdogans AKP die absolute Mehrheit. Nicht zuletzt die vorbildliche Arbeit der kurdischen Bürgermeisterinnen hat dazu beigetragen.

Die Reaktion der AKP-Regierung ist vernichtend. Ein Grossteil der gewählten Bürgermeisterinnen in den kurdischen Gebieten wurden ihres Amtes enthoben und durch von Ankara diktatorisch eingesetzte Zwangsverwalter ersetzt. Über 10.000 Menschen aus der legalen, zivilgesellschaftlichen, demokratischen Opposition wurden verhaftet. Tausende von Gewissengefangenen sitzen heute in den türkischen Gefängnissen – auch Ayşe Gökkan.

Im Januar 2021 wurde sie verhaftet und im Oktober desselben Jahres in erster Instanz zu 30 Jahren Haft verurteilt. Das Urteil wurde dann in einigen Punkten revidiert und beträgt jetzt noch 26 Jahre und 3 Monate. Mit der ehemaligen Bürgermeisterin von Diyarbakır Gülten Kişanak, mit den ehemaligen Parlamentsabgeordneten Ayla Akat und Sebahat Tuncel, mit Aynur Aşan, Zeynep Karaman und Dutzenden weiteren Frauen sitzt Ayşe Gökkan im Sinçan-Gefängnis in Ankara. Aber wie lange noch? Wirklich noch für Jahrzehnte?

Eine höchstrichterliche Entscheidung des türkischen Kassationsgerichtes steht noch aus. Das Verfahren liegt auch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wenn dessen Urteil noch vor der höchstinstanzlichen Entscheidung in der Türkei gefällt würde, könnte es diese vielleicht positiv beeinflussen. Die europäische Aussenpolitik könnte die Einhaltung von Menschenrechten, Frauenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien bei ihrem Gebaren mit der Türkei einfordern und das heisst unter anderem die Freilassung der Gewissengefangenen verlangen.

Die Verleihung eines Anerkennungspreises der Paul Grüniger Stiftung an Ayşe Gökkan für ihren mutigen Protest gegen den Bau einer Mauer durch Nusaybin gegen die aus Syrien Flüchtenden möchte gerne eine Schere sein, um die Haftzeit der politischen Gefangenen zu verkürzen.

Tina Leisch,
Film- Text- und Theaterarbeiterin in Wien

Paul Grüniger-Stiftung und -Preis

Der St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüniger (1891–1972) rettete in den Jahren 1938 und 1939 mehrere hundert jüdische und andere Flüchtlinge vor der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung. Trotz schweizerischer Grenzsperrung nahm er sie in St. Gallen auf, missachtete die Weisungen des Bundes und übertrat auch Gesetze, um die Geflohenen zu schützen. Paul Grüniger wurde entlassen, juristisch verfolgt und verurteilt. Erst 1995 hat ihn das Bezirksgericht St. Gallen rehabilitiert. Zur Erinnerung an Paul Grüniger haben dessen Nachkommen im Herbst 1998 die Paul Grüniger Stiftung gegründet. Sie verleiht periodisch einen Preis für besondere Menschlichkeit und besonderen Mut.*

Der Paul Grüniger Preis 2023 von 50 000 Franken ist diesmal an die polnische Lehrerin und Flüchtlingshelferin Paulina Weremiuk

gegangen. Sie kommt aus Narewka, einem zweisprachigen Dorf im Nordosten Polens nahe dem Urwald Białowieża, wo sie an der polnisch-belarussischen Grenze, zusammen mit einem Netz von Freiwilligen, den Geflüchteten hilft, die im Niemandsland feststecken und grosse Not leiden.

Einen Anerkennungspreis in der Höhe von 10 000 Franken hat die Paul Grüniger-Stiftung gleichzeitig der kurdischen Feministin und Menschenrechtsverteidigerin Ayşe Gökkan zugesprochen. Da Ayşe Gökkan derzeit in Ankara inhaftiert ist, reiste ihre Rechtsanwältin nach St. Gallen, um den Preis entgegenzunehmen.

* www.paul-grueniger.ch

Wo ist Maksym Butkevych?

Das Europäische BürgerInnenforum hat mit Bestürzung vom Verschwinden des ukrainischen Menschenrechtsaktivisten Maksym Butkevych im Labyrinth des russischen Strafvollzugs erfahren.

Maksym Butkevych war seit über 20 Jahren an zahlreichen Aktionen des Europäischen BürgerInnenforums beteiligt. Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 hat er sich freiwillig bei der Armee gemeldet, im Juni 2022 geriet er in Kriegsgefangenschaft. Das EBF fordert gemeinsam mit zahlreichen internationalen Organisationen und Persönlichkeiten die bedingungslose Freilassung Maksym Butkevychs. Sein Anwalt und das IKRK müssen gemäss internationalen und nationalen Rechts die Gelegenheit erhalten, ihn an seinem Haftort zu besuchen.

Erklärung der No Border-Gruppe Kiev zum Verschwinden ihres Koordinators Maksym Butkevych:

«Seit Ende August ist nicht bekannt, an welchem Ort sich Maksym Butkevych in russischer Gefangenschaft befindet. Er wurde aus der Untersuchungshaftanstalt verlegt, und sein Anwalt Leonid Solovyov hat keine Antwort auf seine Anfragen erhalten. Gleichzeitig wurden Briefe von Aktivist:innen, die an Maksym gerichtet waren, mit dem Vermerk «Keine Korrespondenz erlaubt» zurückgeschickt. All dies stellt eine weitere Verletzung der Rechte von Maksym Butkevych seit seiner Festnahme im Juni 2022 dar.

Der «Fall Maksym Butkevych» ist konstruiert worden. Im

März 2023 verurteilte ein sogenanntes «Gericht» der sogenannten «LPR» (Volksrepublik Lugansk) Maksym Butkevych wegen «grausamer Behandlung von Zivilisten und Anwendung verbotener Methoden im Rahmen eines bewaffneten Konflikts» zu 13 Jahren Haft. Im August 2023 bestätigte ein Berufungsgericht in Moskau das Urteil; sein Anwalt legt derzeit Rekurs ein. «Er ist ein völlig unschuldiger Mann. Er muss entweder ausgetauscht oder freigesprochen werden», betont der Anwalt. Das Projekt «No Borders» schliesst sich diesen Forderungen an und erinnert daran, dass das Verschwindenlassen sowie die Verweigerung des Rechts eines Kriegsgefangenen auf einen fairen Prozess ein Kriegsverbrechen Russlands darstellt. Wir fordern daher die ukrainischen Behörden auf, dieses Verbrechen zu untersuchen. Zudem fordern wir die internationale Gemeinschaft auf, weiterhin Druck auf die Russische Föderation auszuüben, damit sie Maksym Butkevych und alle inhaftierten ukrainischen Militärangehörigen und Zivilist:innen freilässt. Ausserdem fordern wir, dass die Sanktionen wegen Russlands Verstössen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verschärft werden, einschliesslich persönlicher Sanktionen gegen alle Personen, die an der Konstruktion des Falles Maksym Butkevych beteiligt waren.»



TÜRKEI

Wo die Justiz Unrecht spricht

Die Teilnahme an der internationalen Delegation zum Prozess gegen Pinar Selek in Istanbul bot uns die Gelegenheit, mit türkischen Anwält:innen in Kontakt zu kommen und mehr über deren Situation zu erfahren. Guido Ehrler, Anwalt in Basel und Mitglied der Delegation, führte ein Gespräch mit Kemal Aytac, Rechtsanwalt und Präsident der Menschenrechtskommission der Anwaltskammer Istanbul.

Guido Ehrler: Herr Aytac, bitte erzählen Sie von sich und von Ihrer Arbeit.

Kemal Aytac: Mein Name ist Kemal Aytac. Seit 38 Jahren übe ich meinen Beruf in Istanbul in einer eigenen Anwaltskanzlei aus. In der Familie gibt es 13 oder 14 Anwälte, meine beiden Töchter sind auch Anwältinnen. Ich bearbeite politische und gesellschaftliche Fragen in meinem Beruf. Was mit Menschenrechten zu tun hat, gehört ebenfalls zu meinem Tätigkeitsgebiet.

Gestern gab es vor dem Prozess gegen Pinar Selek eine kleine Demonstration von Anwält:innen vor dem Gerichtsgebäude in Caglayan/Istanbul. Warum?

Diese Demonstration war nicht nur wegen Pinar Selek. Es war ein Beispiel für unsere Arbeit. Überall wo die Justiz Unrecht spricht, sind wir tätig. Wir waren z.B. auch bei den Demonstrationen der Samstagsmütter¹ dabei. Bis jetzt haben wir über 130 Mahnwachen² organisiert, um gegen das Unrecht der Justiz zu protestieren. Das betraf zum Beispiel Femi-zide oder auch die Ereignisse in Diyarbakir³.

Sie kümmern sich vor allem auch um Anwält:innen, die von der türkischen Justiz inhaftiert werden. Können Sie uns etwas darüber erzählen?

Seit sechs Jahren machen wir für inhaftierte Anwälte Mahnwachen, egal ob sie mit

uns in politischen Fragen übereinstimmen oder nicht. Wir machen nicht nur Mahnwachen und Pressecommuniqués, sondern wir beteiligen uns auch an Prozessen, mobilisieren Anwälte, besuchen die Inhaftierten im Gefängnis und machen andere Aktionen wie Solidaritätsveranstaltungen. Oft werden wir für Mahnwachen angefragt. Auch ohne Anfrage werden wir selbst aktiv, wenn wir ein Unrecht erkennen. Zum Beispiel haben wir eine Mahnwache bei einem Prozess veranstaltet, der gegen die Universität (Bogazici) Istanbul geführt wurde.

Wir haben sehr viele Berufskollegen, die verhaftet sind, es sind wirklich sehr viele. Das Justizministerium ist nicht in der Lage, uns die genaue Zahl der momentan inhaftierten Anwälte zu nennen. Es gibt auch sehr viele Anwälte, die nicht inhaftiert sind, aber gegen die fünf oder sechs Verfahren laufen. Das ist eine andere Repressionstaktik.

Welche Anwält:innen sind in erster Linie von diesen Massnahmen betroffen?

Es werden in erster Linie Anwälte inhaftiert oder angezeigt, die in politischen Prozessen Mandate führen.

Wie beginnt ein Verfahren gegen einen Anwalt oder eine Anwältin? Wer macht die Anzeige?

Wenn eine Mahnwache stattfindet, werden die Anwälte, die sich beteiligen, von den Sicherheitskräften angezeigt. Manchmal wird die Staatsanwaltschaft selbst tätig. Manchmal

ist es auch eine Drittperson, es sind dann aber meistens Leute, die vom Sicherheitsapparat instruiert werden. Ihre Identität wird dann geheim gehalten. Die Zeugen werden ebenfalls vom Sicherheitsapparat organisiert. Auch ihre Identität wird nicht immer bekannt gemacht.

Aufgrund welcher Vorwürfe muss ein Anwalt oder eine Anwältin ins Gefängnis?

In erster Linie wird den Anwälten vorgeworfen, Mitglied einer illegalen Organisation zu sein. Wenn man keine Beweise dafür hat, dann ist der Vorwurf, man betreibt Propaganda für diese Organisation. Oder irgendeine Aussage, die der Betroffene gemacht hat, wird so umgedreht, dass ein Anti-Terror-Verfahren eröffnet wird. Es ist nicht so wichtig, was der Betroffene konkret gemacht hat. Es wird nicht eine Straftat aufgedeckt, sondern eine Straftat konstruiert. Zum Beispiel wird die Teilnahme eines Anwaltes an einer bestimmten Beerdigung als terroristische Aktion gewertet, oder die Farbe seiner Kleidung als Symbol für die Unterstützung einer verbotenen Organisation qualifiziert.

Wenn ich das richtig verstehe, kann es genügen, dass ein Anwalt oder eine Anwältin ein Mandat in einem Anti-Terror-Prozess übernimmt, damit er oder sie inhaftiert werden kann.

Ja, genau. Ein Anwalt, der eine solche Person verteidigt, wird selbst angeklagt. Die Anwälte werden daran gehindert, solche Personen gegenüber der Justiz zu verteidigen. Gegen diese Anwälte wird ein Verfahren eröffnet. Dies führt dazu, dass dieser Anwalt seinen Mandanten nicht mehr verteidigen darf. Mit diesem Trick werden Anwälte, die politische Prozesse führen, ins Abseits gestellt.

Ich gebe ein Beispiel von mir. Ich wurde angeklagt, den Präsidenten der Republik beleidigt zu haben. Ich habe aber nie seinen Namen zitiert. Es wurde aber trotzdem ein Verfahren gegen mich eröffnet.

Ich möchte betonen, dass momentan in der Türkei nichts mit den Normen der Verfassung und mit den Gesetzen konform ist. Staatsanwälte sind Befehlsempfänger der Regierung. Die Richter sind ihre Vollstrecker.

Ausserhalb dieser Strafverfahren werden auch andere Mittel gegen die Anwaltinnen eingesetzt?

In diesem Land werden Anwälte vom Justizministerium und sogar vom Präsidenten selbst direkt bedroht. Wir sind keine funktionierende Demokratie. Nicht nur im Justizbereich, sondern auf allen Ebenen der Gesellschaft und bei allen Ämtern herrscht Willkür.

Wie sind die Haftbedingungen der Anwaltinnen. Sind diese auch in den F-Typ-Zellen inhaftiert?

Ja, viele Anwälte sind in F-Typ-Gefängnissen, d. h. in sogenannten Hochsicherheitsgefängnissen inhaftiert, weil es politische Prozesse sind. Diese Haftanstalten sind nicht zeitgemäss. Ich bin der Präsident der Menschenrechtskommission der Anwalts-

kammer. Wir haben die Haftbedingungen untersucht, und diese sind prekär. Gegen die Häftlinge werden aus nichtigem Anlass, wenn diese z.B. laut singen oder gegen die Türe klopfen, strengste Disziplinarmaßnahmen ergriffen.

Wie hat sich die Repression gegen die Anwaltinnen in letzter Zeit entwickelt. Ist sie gleich geblieben oder schlimmer geworden?

Parallel zur steigenden gesellschaftlichen Repression sind auch Anwälte immer stärker von Unterdrückung betroffen. Sonst werden auch nicht-regierungshörige Intellektuelle zunehmend Repressionen ausgesetzt. Sogar die Präsidentin der Ärztekammer wurde verhaftet und war viereinhalb Monate im Gefängnis.

Neben den Inhaftierungen gibt es auch andere Massnahmen gegen Anwaltinnen wie Berufsverbote, Ausschlüsse aus Prozessen etc.?

Wenn ein Anwalt zu einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verurteilt wurde, zieht das ein Berufsverbot nach sich. (...) Von der Anwaltskammer selber gab es bis jetzt noch keine Berufsverbote.

Wie können wir im Ausland in dieser Situation helfen?

Dass diese internationale Delegation hier ist, bedeutet bereits eine grosse Hilfe. Es gibt eine grosse Solidarität von Anwälten aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und anderen Ländern, und nicht nur beim Prozess gegen Pinar Selek. Internationale Anwälte haben auch an Mahnwachen teilgenommen. Jede Unterstützung aus dem Ausland ist für uns sehr wertvoll. Ich verfasste übrigens zurzeit ein Buch über die Geschichte der Mahnwachen in der Türkei.

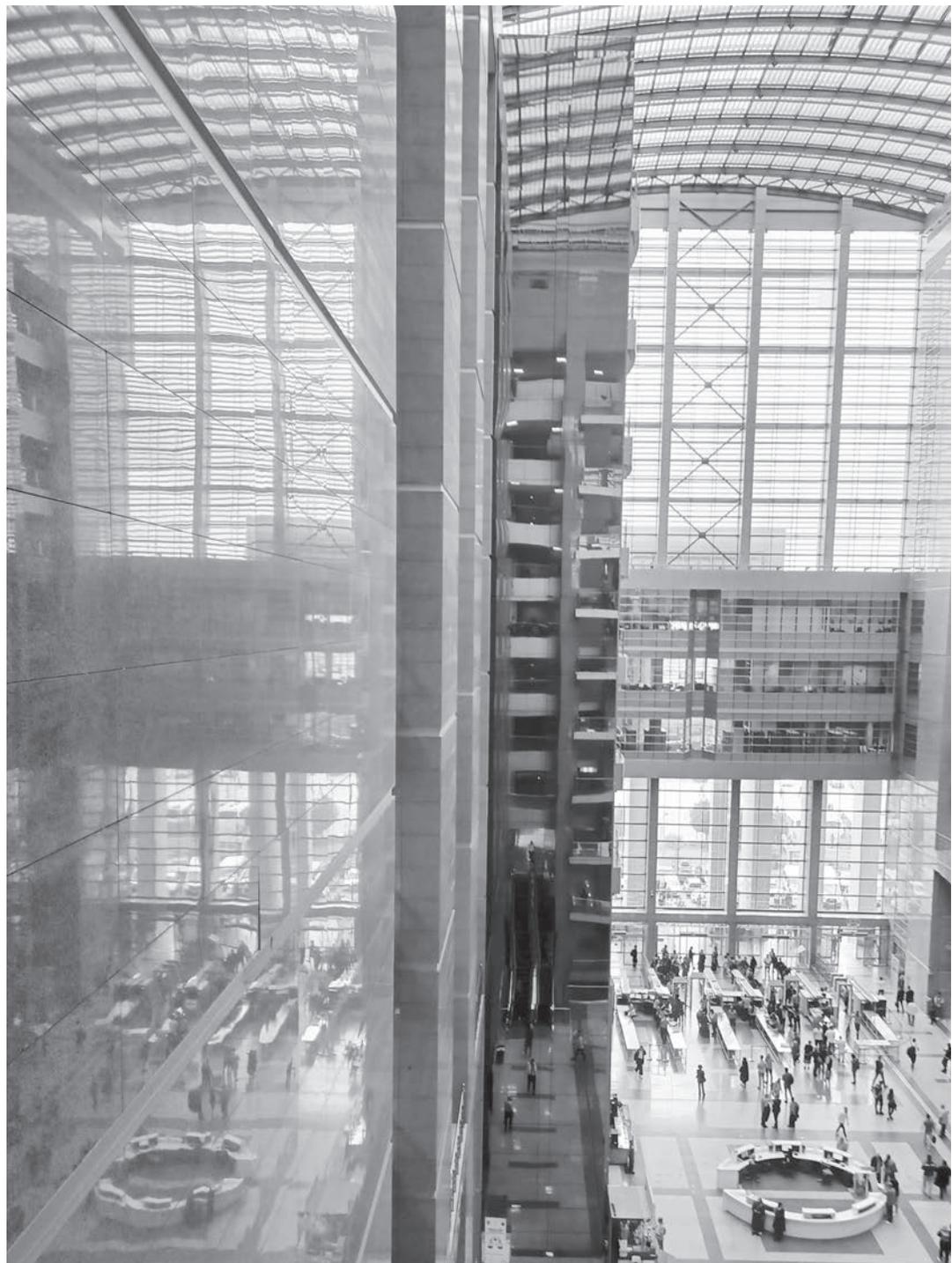
Herr Aytac, ich bedanke mich für dieses Gespräch.

Istanbul, 30.9.2023

1. Als «Justice Watch» bezeichnet

2. Die Samstagsmütter fordern auf dem Galatasaray-Platz in Istanbul seit über 28 Jahren Aufklärung über ihre in staatlichem Gewahrsam verschwundenen Angehörigen. Es ist die am längsten andauernde Aktion des zivilen Ungehorsams in der Türkei. Sie war mehrere Jahre lang verboten, konnte aber kürzlich wieder stattfinden.

3. Junge kurdische Aufständische errichteten im Herbst 2015 Barrikaden und erklärten die Altstadt von Diyarbakir zur «Autonomen Zone». Die türkische Armee schoss aus Helikoptern und Panzern in die Gassen. Mehrere hundert Menschen wurden getötet. Ein Teil der verwinkelten Altstadt wurde in der Folge abgerissen.



Der Istanbul Çağlayan Justizpalast: Je grösser das Justizgebäude, je kleiner der Rechtsstaat. Bild MR

Ein Aufstand lässt sich nicht auflösen!

Der Staatsrat als oberstes Verwaltungsgericht Frankreichs hat Anfang November das Dekret des Ministerrates zur Auflösung der «Soulèvements de la terre» (Aufstände der Erde) aufgehoben. Das ist ein schwerer Rückschlag für das Innenministerium.

Diesen Sieg haben wir Euch zu verdanken: Den 210 lokalen Komitees, die seit Darmanins¹ Ankündigung aus dem Boden geschossen sind, den 150.000 Menschen, die bekräftigt haben: «Wir sind alle die Aufstände der Erde», den 5000 Menschen, die mit uns eine Klage gegen das amtliche Verbot eingereicht haben, dem beispiellosen Kräfteverhältnis, das wir in den letzten sechs Monaten gegen die beabsichtigte Auflösung aufgebaut haben.

Diese Entscheidung des Staatsrates bekräftigt, was die Bewegung seit drei Jahren aufzeigt: Unsere Aktionen des Ungehorsams sind in der Lage, den Lauf der Ereignisse entscheidend zu beeinflussen; wir können uns gegen die staatliche Repression verteidigen und siegen; wir können verheerende Mega-Projekte stoppen und multinationale Ökozid-Konzerne zurückdrängen.

Mit dem Argument, die Aktionen der Bewegung stünden in keinerlei Verhältnis zu einer gewaltsamen Auflösung, bestätigt der Staatsrat unserer Meinung nach die Idee, dass angesichts der Verwüstung durch private Firmen, durch die intensive Landwirtschaft und den Wasserraub unsere Aktionsformen als legitim angesehen werden können und müssen. Diese Entscheidung weckt Hoffnungen für den weiteren Verlauf des Kampfes, den wir angesichts der laufenden Zerstörungen führen müssen.

Aber wir lassen uns nicht täuschen. Diese Entscheidung nimmt auch das Kräfteverhältnis zur Kenntnis, das wir aufgebaut haben, sowie die unglaubliche Unterstützung, die wir erhalten haben. Im Grunde war klar, dass die Auflösung nicht durchsetzbar sein würde, weil sie eine große Solidaritätswelle auszulösen drohte. Der Staatsrat hat bestätigt, dass man Aufstände nicht auflösen kann.

Dennoch bleibt die heutige Entscheidung des Staatsrats in anderer Aspekte zutiefst freiheitsfeindlich. Die Auflösung der «Groupe Antifasciste de Lyon et Environs» GALE (Antifaschistische Gruppe von Lyon und Umgebung) und der «Coordination Contre le Racisme et l'islamophobie» CRI (Koordination gegen Rassismus und Islamophobie) stellt einen gefährlichen Präzedenzfall dar. Sie billigt eine äusserst weit gefasste Definition des Begriffs der Provokation. So reicht es aus, dass eine antirassistische Bewegung Islamophobie anprangert, um aufgelöst zu werden. Es genügt, dass eine antifaschistische Bewegung die wiederkehrende Polizeigewalt und die Hegemonie der extremen Rechten anprangert und kritisiert, damit sie keine Daseinsberechtigung mehr hat.

Das jetzige Zugeständnis des Staatsrats gegenüber den «Soulèvements de la terre» muss zu einem Hebel für all jene werden, die gegen die freiheitsbedrohenden Massnahmen des Separatismusgesetzes² kämpfen wollen. Wir möchten diesen Sieg nutzen, um nie wieder zuzulassen, dass die Regierung Kollektive auflöst, die

aus sozialen, ökologischen und antirassistischen Kämpfen hervorgegangen sind. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir gemeinsam gegen die Sondermassnahmen dieser Regierung vorgehen. Wir werden die Solidarität mit Migrant:innen oder JO-Arbeiter:innen³ angesichts des anstehenden verschärften Einwanderungsgesetzes verstärken. Wir werden auch die Aktionen der «Soulèvements» mit lokalen Koordinationen ausweiten, Blockaden, Besetzungen und Entwaffnungen⁴ durchführen, um Land und Wasser als Gemeingut zu verteidigen: in Castres gegen die A69, in der Bocage von Loire-Atlantique, um die Erweiterung von Steinbrüchen zu stoppen, in Maurienne gegen den Durchstich des Lyon-Turin-Tunnels, in Les Vaïtes, um die Schrebergärten von Bisont zu verteidigen, gegen die kommerzielle Erschliessung des Girose-Gletschers, gegen die Errichtung eines Logistiklagers in der Île de France auf einer Insel der Biodiversität, den Bau eines Mega-Wasserbeckens in der Region Limousin oder die Aneignung von Agrarland durch Hedgefonds.⁵ Bereits jetzt rufen breite Koalitionen zu Aktionstagen gegen Lafarge und die Welt des Betons vom 9. bis 12. Dezember auf.⁶

Und für den 20. und 21. Juli nächsten Jahres kündigt die Anti-Beton-Front bereits eine neue internationale Mobilisierung auf den Feldern von Poitou an. Dies wird die Gelegenheit sein, sich noch massiver als bisher für die Verteidigung von Land und Wasser zusammenzuschliessen.⁷

Bis gleich, auf den Strassen und in den Industriegebieten, auf den Feldern und im Herzen der Bocages⁸. Ein Aufstand lässt sich (wirklich) nicht auflösen!

Kommuniqué der «Soulèvements de la terre»,
9. November 2023

1. Gérald Darmanin: Frankreichs aktueller Minister für Inneres und Übersee

2. In einem Paragraphen des im August 2021 verabschiedeten Separatismusgesetzes steht, dass Vereine wegen Handlungen angeklagt werden können, die von ihren Mitgliedern begangen werden oder die direkt mit deren Aktivitäten zusammenhängen. Der vom Parlament verabschiedete Text sieht vor, dass der Innenminister einen Verein bis zu seiner Auflösung suspendieren kann.

3. JO = Jeux Olympiques. Zu den Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 werden viele ausländische Arbeiter:innen nach Frankreich kommen.

4. Entwaffnen bedeutet hier so viel wie die Maschinen durch Verstopfen, Demolieren, unter Wasser setzen, Neutralisieren ... ausser Kraft zu setzen.

5. Ein Hedgefonds ist eine hochspekulative Geldanlage mit hoher Rendite und sehr hohem Risiko.

6. <https://lessoulevementsdelaterre.org/blog/appele-international-a-des-journees-d-actions-contre-lafarge-et-le-monde-du-beton>

7. <https://lessoulevementsdelaterre.org/blog/20-21-juillet-2024-stop-mega-bassines-prochaine-prochaine-mobilisation-internationale>

8. Landschaftstyp im Westen Frankreichs

